

Eine kurze Geschichte des chinesischen Aufstiegs im kapitalistischen Weltsystem

Stefan Schmalz

1. Nixon in Beijing – Hu Jintao in Washington

Die letzte Februarwoche im Jahr 1972 könnte einmal als ein entscheidender Wendepunkt in die Geschichtsbücher eingehen. Der damalige US-Präsidenten Richard Nixon stattete Mao Zedong mitten im Kalten Krieg in der Verbotenen Stadt einen Besuch ab. Diese »Woche, die die Welt veränderte« (MacMillan 2008) führte dazu, dass die diplomatischen Kontakte zwischen den beiden Ländern in kurzer Zeit wiederhergestellt wurden. Das Treffen ebnete auf diese Weise den Weg für den langen Rückmarsch der politisch zerrissenen Volksrepublik auf den US-amerikanisch dominierten Weltmarkt. Die vorsichtige wirtschaftliche Außenöffnung, die die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) sechs Jahre später einleitete, trug zu dem stürmischen BIP-Wachstum des Landes bei. Das rote China hat sich seitdem in einer atemberaubenden Geschwindigkeit dem Kapitalismus zugewandt.

Rund vier Jahrzehnte später kam es erneut zu einem viel beachteten Treffen der Staatschefs beider Länder. Hu Jintao wurde von Barack Obama im Januar 2011 zu einem großen Bankett in das Weiße Haus eingeladen, an dem auch einige der wichtigsten US-amerikanischen Unternehmer teilnahmen. Der chinesische Staatschef war nicht als Bittsteller nach Washington gekommen. Vielmehr hoffte die US-Regierung auf wirtschaftliche Impulse von dem gigantischen Absatzmarkt China für die lahrende US-amerikanische Konjunktur. Gerade in der Weltwirtschaftskrise hatte sich die gewachsene Bedeutung der Volkswirtschaft gezeigt. China gehörte zu den wenigen Ländern weltweit, die nie in eine Rezession geraten waren, während die USA aus der Weltwirtschaftskrise 2008 ff. geschwächt hervorgegangen waren (Boris/Schmalz 2009, 633ff.). Die Hoffnung der US-Regierung wurde nicht enttäuscht: Die beiden Staaten unterzeichneten milliardenschwere Handelsverträge.

Im folgenden Artikel wird die Geschichte des chinesischen Aufstiegs rekonstruiert. Dafür wird die Wechselwirkung zwischen internen Entwicklungen und externem Machtgewinn besonders genau beobachtet. In einem ersten Schritt werden die gesellschaftlichen und ökonomischen Grundlagen der VR China vor der Außenöffnung Chinas in der Phase des Maoismus dargestellt. Die Fortschritte in der Schwerindustrie und im ländlichen Raum waren notwendige Verbindungen für die Außenöffnung, die im Jahr 1978 begann. Diese graduelle Liberalisierung blieb jedoch weiterhin unter der strengen Aufsicht des Staates. Eine Radikalisierung der Öffnungspolitik erfolgte in dem Jahrzehnt nach 1992. In dieser Phase wurden Privatisierungen und eine weitere Außenöffnung durchgeführt, wobei der Staatssektor seine dominante Rolle behielt. Der chinesische Neoliberalismus brachte neben einem Wachstumsschub und dem Aufstieg zur regionalen Großmacht jedoch auch strukturelle wirtschaftliche Probleme und soziale Verwerfungen hervor. Die Regie-

rung Hu Jintao versuchte deshalb seit 2002 unter der Zielsetzung einer »Harmomonischen Gesellschaft« die wirtschaftliche Entwicklung sozial- und umweltpolitisch einzuhegen. Gleichzeitig wurde China auch zu einem aktiven Akteur in der Welt-politik und -wirtschaft. Durch die Weltwirtschaftskrise 2008ff. hat sich der interne Strukturwandel deutlich beschleunigt. Zudem wurde Chinas Position in der inter-nationalen politischen Ökonomie gestärkt. Auch wenn das Land daran ist, die USA mittelfristig als größte Wirtschaftsmacht der Welt abzulösen, werden die globalen Machtstrukturen nur langfristig durch den chinesischen Aufstieg verändert werden.

2. Wirtschaftliche Entwicklung im Maoismus

Die Gründung der Volksrepublik China 1949 war ein historischer Einschnitt. Am Ende des Bürgerkriegs zwischen der Guomindang-Regierung unter General Chiang Kai-shek und der von der KPCh geführten Volksbefreiungsarmee stand die Nationalstaatsbildung Chinas. Der Konflikt beendete eine Epoche, die seit 1840 durch eine aggressive Kolonialpolitik der westlichen Mächte und Japans gekennzeichnet war. Die Maoisten und Maoistinnen setzten bis etwa 1978 auf ein alternatives Ent-wicklungsmodell zum westlichen »Fordismus«. In diesem standen soziale Gleichheit, die Industrialisierung des ländlichen Raums und die politische und wirtschaftliche Autonomie des Landes im Mittelpunkt (Richman 1969, Peters 2009, Kap. III).

Das maoistische Entwicklungsmodell war jedoch umkämpft. Nachdem in den Anfangsjahren der Volksrepublik eine gemischte Wirtschaftsweise mit einem domi-nanten Staatssektor angestrebt wurde, schwenkte die KPCh ab 1953 mit dem ersten Fünfjahresplan (1953 – 1957) auf eine Wirtschaftspolitik nach sowjetischem Vorbild um. Die Erfolge der staatlichen Industrie- und Landwirtschaftspolitik bestärkten Teile der Partei dann darin, den Industrialisierungsprozess zu beschleunigen. Die »Politik der drei Banner« sah in einem zweiten Fünfjahresplan die Durchsetzung eines »Großen Sprungs nach vorn« (1957 – 1961) vor (Peters 2009, 212ff.). Durch die Errichtung von dörflichen Hochöfen sollte die Stahlproduktion erhöht und durch kollektive Arbeitseinsätze die regionale Infrastruktur ausgebaut werden. Zusätzlich wurden die Produktionsgemeinschaften in Volkskommunen zusammengefasst, in denen nicht nur der Besitz, sondern auch die Reproduktionsarbeit kollektiviert wur-de (Hobsbawm 2009, 579f.). Die Vernachlässigung der landwirtschaftlichen Pro-duktion und eine lange Dürreperiode, die Teile der Ernte vernichtete, führten zwar zu einer Verbesserung der regionalen Infrastruktur, trugen aber letztlich zu einer Hungersnot mit über 10 Mio. Toten bei.

Nach dem Scheitern des Großen Sprungs kamen die ideologischen Konflikte innerhalb der Partei immer stärker zum Tragen. Zuvor hatte Mao die Parteifüh-rung dominiert. Ab 1961 gewannen aber die Pragmatiker um Liu Shaoqi und Deng Xiaoping an Bedeutung. Mit ihrer Politik der drei Freiheiten – freie Märkte, privater Handel und private Kleinbetriebe – begannen sie, marktwirtschaftliche Reformen in der Landwirtschaft durchzusetzen (Böke 2007, 64ff.) und ein leistungsbezogenes Prämiensystem in der Industrie einzuführen. Die Folge war ein offener »Kampf der zwei Linien«, der schließlich in der ersten Phase der Kulturrevolution (1966 – 1968) mündete. Die von Studierenden, Jugendlichen und Lehrkräften getragene Bewegung steigerte den Personenkult um Mao bis ins Extrem und hatte es zu ihrem Ziel erklärt, die Tendenzen zur Herausbildung »einer neuen Bourgeoisie« in der KPCh zurück-

zudrängen. Die Revolte führte zu Willkürherrschaft, Gewaltexzessen, gesellschaftlicher Instabilität und verursachte einen wirtschaftlichen Kollaps. Für den Zeitraum von 1966/67 wird von einer Schrumpfung des BIP um 16% ausgegangen. Auf dem IX. Parteitag im April 1969 wurde die Kulturrevolution schließlich offiziell für beendet erklärt. Zwischen 1973 und 1976 kam es zu einem erneuten Aufbrechen des Konflikts zwischen den beiden Strömungen. Die »Viererbände« um Jiang Qing, der vierten Ehefrau Mao Zedongs, wollte die Kulturrevolution gegen den Widerstand des pragmatischen Flügels fortführen. Es gelang der Gruppe jedoch nicht, die von den Pragmatikern kontrollierte Wirtschaftspolitik nennenswert zu beeinflussen.

Trotz der sozialen Auseinandersetzungen etablierten sich im Maoismus einige erstaunliche Kontinuitätslinien und Dynamiken in der wirtschaftlichen Entwicklung Chinas. Ungeachtet der katastrophalen Rückschläge in den Zeiten des »Großen Sprungs« und der »Kulturrevolution« stieg das Bruttosozialprodukt zwischen 1953 und 1978 um jährlich 7,4% (Cho 2005, 32f.). Dem lag eine extensive Wachstumsstrategie mit – für den Entwicklungsstand – relativ hohen Investitionsraten von über 26% jährlich zugrunde. Die Wirtschaftspolitik setzte auf die Steigerung der Industrieproduktion. Diese absorbierte über die Hälfte der Investitionen und wuchs von 1952 bis 1978 um jährlich 11,3% (Cho 2005, 32f.; Wen 2006, 121). Rund 90% aller Anlageinvestitionen flossen wiederum in die Schwerindustrie. Als Folge wuchs der Anteil der Industrie im gleichen Zeitraum von 22% auf 49,4% am BIP, während sich die Anzahl der Industriearbeiter und Industriearbeiterinnen von nur 3 auf 50 Mio. Menschen vergrößerte. In vielen Bereichen war jedoch eine deutliche Verbesserung der Lebensbedingungen zu beobachten. Mit 66,8 Jahren hatte sich die durchschnittliche Lebenserwartung bis 1980 verdoppelt (Li 2008, 34).

Insgesamt hatte China sich – nach einer hundertjährigen historischen Schwächephase – durch den Maoismus erneut als ein fester Machtfaktor in der Weltpolitik etabliert. Zwar blieb Chinas Weltmarkteinbindung bis Ende der 1970er Jahre mit einem Außenhandelsanteil von unter 10% am BIP eher gering. Das sowjetisch-chinesische Zerwürfnis 1962 führte allerdings dazu, dass die VR bald auf eine aktive, eigenständige Außenpolitik setzte. Die (antikoloniale) Ausrichtung auf die Dritte Welt, die sich zunächst gegen beide Supermächte richtete, blieb in den Folgejahren ein Grundmerkmal chinesischer Politik. Die Annäherung an die USA 1972 führte schließlich dazu, dass nun die Sowjetunion zum Haupttrivalen wurde.

3. Zwischen Werkbank der Welt und »Harmonischer Gesellschaft«

Die reformerischen Kräfte um Deng Xiaoping konnten sich nach Maos Tod 1976 langsam politisch durchsetzen, entmachteten den Kompromissübergangsvorsitzenden Hua Guofeng und bereiteten eine wirtschaftspolitische Trendwende vor. Im Dezember 1978 beschloss das ZK der KPCh eine erste Phase der marktwirtschaftlichen Reformen. Diese dauerte bis ca. 1991 an. In ihr wurden erste Liberalisierungsschritte eingeleitet und eine vorsichtige, graduelle Außenöffnung umgesetzt. Die KPCh ließ private Kleinunternehmen in Industrie und Handwerk zu und trieb die Entkollektivierung des Agrarsektors voran bzw. übertrug die Befugnisse zur landwirtschaftlichen Nutzung auf Haushalte (Hart-Landsberg/Burkett 2005, 44ff.). Ab 1984 wurden die (ländlichen) Kollektivunternehmen zudem gestärkt, sodass im Jahr 1993 rund ein Viertel aller ländlichen Arbeitskräfte in diesen organisiert war

(Arrighi 2009, 39ff.). Zusätzlich wurde der Arbeitsmarkt dereguliert (ebd., 41). Ferner wurde das Außenhandels- und Investitionsregime reformiert. Bis 1980 errichtete die Regierung vier Sonderwirtschaftszonen (SWZ), um ausländische Direktinvestitionen zu fördern (Cho 2005, 139ff.). Ab 1984 folgten vierzehn weitere »offene Küstenstädte« und fünf SWZ. Die Unternehmen unter ausländischer Beteiligung etablierten sich schließlich als Exportplattformen. Insgesamt blieb der Außenhandel zunächst jedoch lediglich eine Ergänzung zur dynamischen binnenwirtschaftlichen Entwicklung mit BIP-Wachstumsraten von jährlich über 9%. Die Niederschlagung der Tiananmen-Protteste im Mai 1989 markierte einen Wendepunkt (Hui 2009, 36). Sie führte letztlich dazu, nicht nur das politische System zu festigen, sondern auch die Marktreformen zu beschleunigen, da die Forderungen der Demonstranten und Demonstrantinnen nach sozialer Absicherung, stabilen Preisen und höheren Löhnen aus der Diskussion verschwanden.

Der eigentliche Liberalisierungsschub begann erst ab 1992 mit dem Modell der »Sozialistischen Marktwirtschaft«, das vom neuen Parteivorsitzenden Jiang Zemin propagiert wurde. Unter dem Motto »fördern, was gefördert werden muss und ausscheiden, was ausgeschieden werden muss« wurden nun wenig rentable kleinere und mittlere Unternehmen privatisiert, während die größten 1000 Staatskonzerne weiterhin unter staatlicher Kontrolle blieben. Alleine zwischen 1996 und 1999 reduzierte sich die Anzahl der Staatsunternehmen von 127.600 auf 61.300 Betriebe (Cho 2005, 46). Außerdem begann die Regierung, die Außenöffnung des Landes zu forcieren (ebd., 145ff.): Das Lizenz- und Quotensystem im Außenhandel wurde gelockert, die durchschnittlichen Importzölle bis 1996 auf 23% halbiert und die Export- und Importplanungen abgeschafft. Es kam zu einem gewaltigen Zufluss von Direktinvestitionen von über 200 Mrd. US\$ in nur einem Jahrzehnt, wovon 89% in die Küstenregionen gingen. Der Staatssektor behielt dennoch seine zentrale Rolle: Noch im Jahr 2002 wurden rund 70% der Investitionen durch Staatsunternehmen getätigt. Das chinesische Wirtschaftswunder mit Wachstumsraten von über 10% jährlich führte jedoch auch zu massiven Strukturproblemen. Intern wuchs die regionale Differenzierung und diejenige zwischen Stadt und Land auf das weltweit höchste Niveau (Heberer/Rudolph 2010, 69ff.). Der Außenhandelsanteil am BIP war bis 2000 auf 43,5% hinauf geschnellt, wobei beinahe die Hälfte der Exporte von ausländischen Unternehmen getätigt wurde, die China somit als Werkbank zur bloßen Lohnveredelung nutzten. Verstärkt wurde diese Entwicklung durch den WTO-Beitritt 2001, durch den weitere Zollsenkungen, Öffnungen im Dienstleistungssektor und eine Liberalisierung der Agrarpolitik eingeleitet wurden (Panitchpakdi/Clifford 2002, 139ff.).

Unter der Regierung Hu Jintao lässt sich ab 2002 eine Doppelbewegung beobachten, die bis heute anhält. Zum einen wurde der Kurs der Außenöffnung und Teilprivatisierung fortgesetzt. Die Umsetzungen der WTO-Regeln verschärfte die Exportausrichtung und zog weitere Direktinvestitionen an. Flankiert wurde dieser Prozess durch institutionelle Reformen: Die KPCh öffnete sich im Jahr 2002 schließlich für Unternehmer und der Privatbesitz wurde – trotz massiver Proteste – im Jahr 2007 per Gesetz garantiert (Zhiyue/Chen 2010, 246). Die wirtschaftlichen Reformen erzeugten aber eine äußerst unausgeglichene Volkswirtschaft. In den letzten Jahren bewegte sich der Anteil des individuellen Konsums bei etwas über einem Drittel des BIP, während die Sparquote zwischen 50% und 60% pendelte. Der Investitionsboom

wurde von einem Exportwachstum und von gewaltigen Leistungsbilanzüberschüssen begleitet, sodass der Außenhandelsanteil sich bei über 40% einpendelte und China immer höhere Devisenreserven erwirtschaftete. Die gewaltige Investitionsquote war zudem ein Anzeichen einer strukturellen Überakkumulation, die durch den Wettlauf der Provinzen um Investitionen beschleunigt wurde und sich immer wieder in einzelnen Blasenbildungen, etwa im Immobiliensektor, ausdrückt (Hung 2008). Staatliche Eingriffe, wie der Aufkauf von faulen Krediten, dämmten bisher jedoch die Gefahr von Krisenprozessen ein.

Auf der anderen Seite setzte die Regierung Hu Jintao unter der Zielsetzung einer »Harmonischen Gesellschaft« seit 2003 eine – zumindest rhetorische – soziale und umweltschonendere Ausrichtung in der Wirtschaftspolitik durch (Overholt 2010, 29). a) Zunächst bemühte sie sich um einen Ausbau der Sozialsysteme, um den wachsenden sozialen Problemen entgegenzuwirken. Die Regierung arbeitet zurzeit am Aufbau einer Renten-, Arbeitslosenversicherung und seit 2008 auch an einer allgemeinen Krankenversicherung (Heberer/Rudolph 2010, 70ff.). Landesweit wurde bereits mit verschiedenen Modellen experimentiert. Klar ist dabei, dass z. B. Ende 2007 über 116 Mio. Menschen ein Anrecht auf ein monatliches Arbeitslosengeld hatten. Unter dem Motto einer »Neuen Sozialistischen Landschaft« wurden 2006 u. a. auch die Ausgaben für den ländlichen Sektor um 15% erhöht und die Agrarsteuern abgeschafft, die Grundschulgebühren – ein Erbe der Öffnungspolitik – verboten sowie Kredite für ländliche Gesundheitskooperativen erhöht.

b) Mit der im Jahr 2006 von oben verordneten Organisation von Gewerkschaften in Wal Mart begann der chinesische Staat zudem, wieder auf dem deregulierten Terrain der Arbeitsbeziehungen an Boden zu gewinnen. Auch übte Premier Wen Jiabao mehrfach öffentliche Kritik an dem Niedriglohnmodell. Es folgte 2008 ein neues Arbeitsgesetz, das u. a. einen – vergleichsweise progressiven – Rahmen für den Abschluss von Arbeitsverträgen festsetzt (Ten Brink 2010, 26).

c) Zuletzt lassen sich Bemühungen feststellen, die gewaltigen ökologischen Schäden einzugrenzen, die der Wachstumskurs verursacht (Wen/Li 2006). Auf institutioneller Ebene wurde im Jahr 2008 die Umweltbehörde zu einem -ministerium aufgewertet sowie stärkerer Druck auf die Provinzregierungen ausgeübt, Umweltauflagen zu erfüllen. Zudem legte die Regierung im Jahr 2008 ein Umwelt- und Klimaschutzprogramm mit einem Volumen von 600 Mrd. US\$ auf, das u. a. gigantische (Wieder)-Aufforstungsmaßnahmen und Investitionen in erneuerbare Energien vorsieht. Allerdings steht China auch heute noch vor der beinahe unlösbaren Aufgabe, den wachsenden Rohstoffverbrauch und die damit verbundenen ökologischen Folgekosten durch höhere Energie- und Ressourceneffizienz zu bekämpfen.

4. Aufstieg zur Großmacht

China hat in den drei Jahrzehnten nach der Außenöffnung rasant an internationaler Bedeutung gewonnen. Das Land hat sein BIP in diesem Zeitraum mehr als verfünfehnfach, sodass dieses bereits vor der Weltwirtschaftskrise jenes der BRD überstieg. China erreichte 2007 zudem ein Außenhandelsvolumen von über 2,1 Bio. US\$, rund 100mal so viel wie 1978. Insgesamt wurden mehr als 800 Mrd. US\$ an Direktinvestitionen nach China gepumpt – alleine 2008 rund 92,4 Mrd. US\$. Im Jahr 2007 rangierten bereits 29 chinesische Unternehmen unter den Fortune Glo-

bal 500 bzw. den weltweit umsatzstärksten Konzernen. Außerdem hatte sich eine aufgefächerte Industriestruktur mit drei gewaltigen industriellen Zentren herausgebildet, die jeweils eine eigene Spezialisierung aufweisen: Das Pearlflussdelta, das vorrangig arbeitsintensive Industriewaren produziert, das Yangtzeflussdelta, das auf Kapitalgüter, Autos und Elektronik spezialisiert ist, und Zhonguan Cun in Peking, das chinesische Silicon Valley (Arrighi 2008, 356ff.). Der Staatssektor machte nun weniger als 15% der Industrieproduktion aus, obwohl weiterhin über die Hälfte der Investitionen durch diesen getätigt wurde. Das BIP pro Kopf wuchs von weniger als 200 US\$ im Jahr 1980 auf insgesamt 3.800 US\$ im Jahr 2009. Generell verbesserten sich die Lebensbedingungen im ländlichen Raum jedoch nur geringfügig (Li 2008, 34). Darüber hinaus war das chinesische Wirtschaftsmodell – wie ausgeführt – alles andere als stabil. Chinas Volkswirtschaft blieb extrem unausgeglichene – mit einem gewaltigen Investitionsüberhang und einer hohen Außenabhängigkeit. Die Reformbestrebungen der Regierung Hu Jintao änderten hieran wenig.

China begann als Folge der höheren Weltmarktintegration eine aktive außenwirtschaftliche Rolle zu spielen und sich vermehrt in internationalen Wirtschaftsorganisationen zu engagieren. Die chinesische Regierung hatte bereits seit der Asienkrise 1997/98 mit den Beitrittsverhandlungen zur WTO, der Teilnahme am ASEAN+3-Dialog und verschiedenen Freihandelsabkommen erste Schritte in diese Richtung unternommen. Im Vordergrund der pragmatischen Außenpolitik stand die Absicherung des Wirtschaftswachstums mit Ressourcenzuflüssen: Im Jahr 2005 konsumierte China weltweit rund 31% der Kohle, 30% des Eisenerzes, 27% des Stahls, 25% des Aluminiums und 20% des Kupfers (León-Manríquez 2006, 36). Außerdem entwickelte sich das Land seit 1993 zu einem Erdölimporteur, dessen Nachfrage jährlich um rund 7% anwuchs. Zusätzlich war China aufgrund seiner vergleichsweise geringen Agrarfläche vermehrt auf Nahrungsmittelimporte angewiesen.

Um dieser Situation zu begegnen, setzte das Land zum einen erste größere Auslandsinvestitionen um und verwandelte sich so ab 2003 in einen Netto-Kapitalexporteur. Zum anderen begann die Regierung, verstärkt Handelspartner in peripheren Regionen des Weltsystems außerhalb Asiens zu suchen. Neben einigen Liefer- und Handelsverträgen mit lateinamerikanischen Ländern bot sich insbesondere der afrikanische Kontinent an, da er seit den 1990er Jahren vom Westen »vernachlässigt« worden war (Heberer/Rudolph 2010, 131ff.; Goldberg 2010). Der außenpolitische Ansatz der chinesischen Regierung, der von einer Nichteinmischung in interne Angelegenheiten anderer Länder ausgeht, war hier besonders erfolgreich. China unterzeichnete eine Fülle von langfristigen Lieferverträgen, erließ im Gegenzug 31 Ländern die Schulden, bot billige Kredite zur Finanzierung von Infrastruktur, öffnete den eigenen Binnenmarkt für afrikanische Produkte und investierte bis 2009 rund 80 Mrd. US\$ auf dem Kontinent. Das Ergebnis war eine rasche Expansion des gemeinsamen Außenhandels. China löste 2010 schließlich die USA als größter Handelspartner Afrikas ab.

Auch innerhalb Asiens baute China neue Allianzen auf. Die wichtigste Initiative bildete die Shanghai Cooperation Organisation, die für Fragen der Sicherheits- und Energiepolitik zuständig ist, und deren Kern eine neue geostrategische Partnerschaft mit Russland bildet (Bailes u. a. 2007; Gulick 2009). Zusätzlich begann sich China als neues wirtschaftliches und politisches Zentrum im ostasiatischen Raum zu etablieren und den Einfluss der USA in dieser Region gezielt zurückzudrängen (Ten

Brink 2010, 574ff.) Mit der wachsenden Integration in den Weltmarkt als Rohstoffkonsument steigerte China jedoch auch die eigenen Rüstungsausgaben deutlich, um die Rohstofflieferungen militärisch absichern zu können.

5. Chinas Wandel in der Krise

Der Aufstieg Chinas wurde durch die die Weltwirtschaftskrise 2008ff. beschleunigt. Sie wirkte sowohl auf die internen Strukturen des Landes als auch auf die internationalen Machtverhältnisse als ein Katalysator (Schmalz/Ebenau 2011, Kap. 5). Die Krise legte zunächst die strukturellen Schwachstellen des chinesischen Entwicklungsmodells offen. Die massive Exportorientierung bildete den Hauptkanal zur Übertragung der Krise (Schüller/Schüler-Zhou 2009, 167). Das Wirtschaftswachstum fiel aufgrund der sinkenden Weltmarktnachfrage zur Jahreswende 2008/09 auf etwas über 6%, was unter der von der KPCh angepeilten BIP-Wachstumsmarke von 8% lag. Der staatlich dominierte Finanzsektor war hingegen durch Kapitalverkehrskontrollen abgeschirmt, und die ausländischen Bankeinlagen im Finanzsystem waren minimal. Als direkte Reaktion auf die Krise verabschiedete die chinesische Regierung deswegen ein 586 Mrd. US\$ schweres Konjunkturprogramm, das von umfangreichen Investitionen der Provinzen begleitet wurde. Große Teile hiervon gingen in Infrastrukturmaßnahmen (Hung 2009, 22). Außerdem begegneten staatliche Stellen einer jüngeren Streikwelle in der Exportindustrie nicht mehr mit Repression. Vielmehr wurden (Mindest-)Löhne erhöht und in der wirtschaftlich bedeutenden Provinz Guangdong – als eine Art Pilotprojekt – ein neues Verhandlungssystem zwischen Kapital und Arbeit auf der Betriebsebene eingeführt. Diese Maßnahmen waren Teil der Bemühungen der chinesischen Regierung, den Binnenkonsum zu stärken und eine systematische technologische Aufwertung der Industrie durchzusetzen. Im Jahr 2010 hat sich jedoch das Exportmodell wieder verfestigt, sodass bisher unklar bleibt, ob ein dauerhafter Bruch vorliegt (Schmalz 2010, 490). Auch im Finanzsektor bildete sich eine große Immobilienblase heraus, die die chinesische Regierung durch höhere Zinsen und gezielte Interventionen zu bekämpfen versucht. Die Umorientierung wurde nach der Krise forciert. Der Entwurf für den XII. Fünfjahresplan (2011 – 2015) des Zentralkomitees der KPCh weist darauf hin, dass die chinesische Regierung den Umbau zu einem binnenmarktorientierten und umweltschonenderen Modell forciert. Die niedrigen Löhne und die Unterentwicklung des ländlichen Raums wurden als zentrale Blockaden für eine ausgeglichene Entwicklung identifiziert und sollen durch Sozialausgaben und eine aktive Lohnpolitik bekämpft werden. Auch soll die Umwelttechnologie in Zukunft eine zentrale Rolle als Innovationsmotor und Anlagensphäre spielen. Bis 2015 werden rund 600 Mrd. US\$ an Ausgaben für sieben Schlüsseltechnologien veranschlagt, die sich teilweise direkt auf Umwelttechnologien beziehen.

Trotz der Strukturprobleme ist China jedoch insgesamt gestärkt aus der Krise hervorgegangen. China hat die Weltwirtschaftskrise sehr viel besser überstanden als die USA, EU oder Japan (vgl. Tab. 1). Das Land steuerte im Jahr 2009 mehr als ein Viertel zum Weltwirtschaftswachstum bei und löste schließlich 2010 Japan als zweitgrößte Wirtschaftsmacht ab. Auch im Finanzsektor gab es spürbare Veränderungen: Im Jahr 2009 führten drei chinesische Finanzinstitute die Liste mit den zehn größten Banken an. Zehn Jahre zuvor war keine einzige chinesische Bank in dem Ranking gewesen. Neben der Emission von ersten Yuan-Staatsanleihen, einer wach-

Tabelle 1: Wachstumsraten ausgewählter Volkswirtschaften
(in Prozent im Vergleich zum Vorjahresquartal)

	3. Qu. 08	4. Qu. 08	1. Qu. 09	2. Qu. 09	2009	Prognose 2010
USA	-2,7	-5,4	-6,4	-1,0	-2,6	2,6
Japan	-3,9	-13,1	-11,7	3,7	-5,2	2,8
Deutschland	-1,3	-9,4	-13,4	1,3	-4,7	3,3
Frankreich	-0,9	-5,6	-5,3	1,3	-2,5	1,6
England	-2,9	-7,0	-9,3	-3,2	-4,9	1,7
Brasilien	5,6	-13,8	-3,3	7,0	-0,2	7,5
China	9,0	6,8	6,1	7,9	9,1	10,5
Indien	7,6	5,3	5,8	6,1	5,7	9,7

Quellen: Verschiedene Ausgaben des IMF World Economic Outlook

senden regionalen Finanzintegration und zahlreichen Swap-Abkommen mit anderen Staaten versucht China, Shanghai als internationalen Finanzplatz aufzubauen. Allerdings ist der chinesische Yuan weiterhin keine Alternative zum US-Dollar als globaler Leitwährung (Bowles/Wang 2008, 338ff.). Der Yuan ist bisher nicht handelbar. Im Jahr 2009 wurden rund 62,2% der Währungsreserven in US-Dollar gehalten. Außerdem hat die chinesische Regierung bisher ihre finanziellen Ressourcen kaum dafür eingesetzt, die Strukturen im Weltsystem zu verändern. Auffällig ist das Beispiel der Devisenreserven: Die gesamten Reserven belaufen sich mit über 2,4 Bio. US\$ derzeit ungefähr auf den Wert des BIP Frankreichs und selbst kleine Anteile davon könnten mit der Hilfe des 2007 gegründeten Staatsfonds China Investment Corporation für massive Investitionen, Akquisitionen, etc. genutzt werden. Doch der ausländische Direktinvestitionsbestand Chinas ist trotz der rasanten Wandlung in einen Kapitalexpporteur immer noch auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau geblieben (Nolan/Zhang 2010, 103). Im Technologiebereich hat China ebenfalls aufgeholt. Die Forschungsausgaben waren bereits vor der Krise fast so hoch wie jene der BRD. China hat mittlerweile sogar Deutschland als zweitgrößten Patentanmelder abgelöst. Die Krise beschleunigte auch diesen Prozess: Nach Angaben der WIPO gingen die Patentanmeldungen im Jahr 2009 weltweit um 4,5% zurück, während sie in China um 8,9% anstiegen. Allerdings sind die Patentanmeldungen pro Kopf immer noch um ein Vielfaches niedriger als in der westlichen Welt. Weiterhin erhöhte China ungeachtet der Krise seine Rüstungsausgaben. Diese liegen jedoch bei lediglich einem Sechstel der US-Ausgaben und fließen bisher in den Aufbau einer Verteidigungsarmee. Insgesamt hat China seine Machtressourcen in der Krise deutlich steigern können, sieht sich aber in vielen Bereichen weiterhin einem gewaltigen Rückstand gegenüber.

Eine ähnliche Entwicklung ist auch auf institutioneller Ebene zu beobachten. China begann, die Rolle des US-Dollars als Weltwährung zu problematisieren. Als Gegenmodell formulierte der chinesische Zentralbankvorsitzende Zhou Xiaochuan einen Vorschlag für ein Weltwährungssystem, das an eine gemeinsame Rohstoff-Reservewährung gekoppelt wäre. Der Vorschlag wurde in den USA und Europa jedoch meist mit Verwunderung kommentiert (FAZ, 28. 3. 2009). Um ihren Forderungen

Nachdruck zu verleihen, schloss sich die chinesische Regierung mit ihren Partnern und Partnerinnen in der BRIC-Gruppe zusammen. Diese unterstützte die chinesischen Bestrebungen nach einem Ende der Dollar-Hegemonie auf dem letzten Gipfel in Brasilia 2010 und strebt u. a. eine Abrechnung des gemeinsamen Außenhandels in Eigenwährung statt US-Dollar an. In diese Richtung gehen auch die gemeinsamen Käufe von IWF-Anleihen über 80 Mrd. US\$, wovon China 50 Mrd. US\$ abnahm und damit weitere Käufe von US-Staatsanleihen umging. Durch die 2010 auf dem G-20-Gipfel in Seoul verabschiedete Reform des IWF verdoppelten sich Chinas Stimmquoten auf 6,4% und das Land löste damit Deutschland als drittgrößten Anteilseigner ab. Allerdings wurde kritisiert, dass China selbst nach ökonomischen Kriterien unterrepräsentiert bleibt und dass zentrale Entscheidungen weiterhin von der EU und den USA getroffen werden können. China hat rund 1,5% weniger an Stimmanteilen erhalten, als dem Land nach ökonomischen Kriterien eigentlich zusteht (FAZ, 8. 11. 2010). Es ist daher zu erwarten, dass China auch nach der Krise bilaterale Geberabkommen und Süd-Süd-Governance-Foren vorantreiben wird. Zuvor hatte China bereits die Kooperation auf regionaler Ebene verstärkt. Im Mai 2009 wurde u. a. ein gemeinsamer Notfonds über 120 Mrd. US\$ mit Japan, Südkorea und den zehn ASEAN-Staaten eingeführt, um Liquiditätsengpässen entgegenzuwirken. Weitere Initiativen, wie ein Investitionsfonds von 10 Mrd. US\$ und 15 Mrd. US\$ an Krediten für Kooperationsprojekte mit den ASEAN-Staaten, wurden umgesetzt. Eine deutliche internationale Aufwertung erfuhr das Land durch die Beteiligung an den Koordinationsversuchen der G-7 zur Krisenbekämpfung im Oktober 2008 und durch die Etablierung der G-20 als ein neues zentrales Forum für globale wirtschaftliche Steuerung (Schmalz/Ebenau 2011, 155). China lehnte jedoch bislang ein bilaterales Koordinationsforum mit den USA – eine G-2 – ab. Die chinesische Regierung strebt eine multipolare Weltordnung an.

6. Perspektiven des chinesischen Aufstiegs

Es ist offensichtlich, dass China sich mittlerweile als eine große Wirtschaftsmacht etabliert hat. Heute ist die wachsende Kaufkraft Chinas für mehr als ein Viertel des globalen Wirtschaftswachstums und des Umsatzes von manch einem ausländischen Industriekonzern verantwortlich. Auch hat China sich zu einem Gläubiger in der Weltwirtschaft verwandelt: Das Land hält über 1,1 Bio. US\$ an US-amerikanischen Staatsanleihen und hat sich auch gegenüber verschiedenen europäischen Ländern, insbesondere Spanien, als Geldgeber etabliert. Chinas BIP ist zudem deutlich höher als das anderer dynamischer Schwellenländer. Es ist insgesamt ungefähr so hoch wie jenes der übrigen BRIC-Staaten zusammen (vgl. Abb. 1).

Allerdings existieren zwei Blockaden für den weiteren Aufstieg des Landes im Weltssystem. Zunächst ist das chinesische Wirtschaftsmodell instabil. Die Krise hat zwar gezeigt, dass China durch gewaltige Konjunkturmaßnahmen einen wirtschaftlichen Zusammenbruch verhindern konnte. Aber die Regierung war gezwungen, die angestrebte Reform des Wirtschaftsmodells zu forcieren. Ein Umbau der extrem unausgeglichene Volkswirtschaft, die durch eine hohe Sparquote und Exportorientierung gekennzeichnet ist, durch einen größeren Binnenkonsum ist jedoch nicht so einfach möglich. Bereits im Jahr 2010 ließen sich Anzeichen für eine Re-Etablierung der Exportausrichtung feststellen. Die KPCh versucht, durch den 12. Fünfjahresplan

Abbildung 1: Anteil der BRIC-Staaten am weltweiten BIP (in US\$)

	1990	1994	1999	2004	2007
Brasilien	1,6%	2,2%	2,5%	1,5%	2,0%
Russland	–	1,5%	1,2%	1,4%	2,0%
Indien	1,2%	1,2%	1,5%	1,7%	2,0%
China	2,1%	2,1%	3,3%	4,0%	5,9%
BRIC	–	7,0%	8,5%	8,6%	12,1%

Quelle: Weltbankberichte 1991, 1996, 2001, 2006, 2009

(2011 – 2015) wichtige Impulse für einen binnenorientierten »grünen Kapitalismus« (Kaufmann/Müller 2009) zu setzen und so den Strukturwandel zu beschleunigen.

Außerdem wirken die Strukturen der Weltwirtschaft weiterhin zu Gunsten des Westens. Denn bei der Ausübung von Macht im Weltsystem zählen nicht die zukünftigen Machtpotentiale oder die derzeitige Wirtschaftsleistung, sondern die gesammelten Bestände, d. h. z. B. der gesamte Direktinvestitionsbestand, die über Jahrzehnte aufgebaute Infrastruktur oder auch die verfügbaren militärischen Ressourcen. Erst langsam werden in China Akteure heranwachsen, die global auf allen Ebenen konkurrenzfähig sind. So zählt China heute 37 der 500 größten Unternehmen, knapp halb so viele wie in Japan und ein Viertel so viele wie in den USA. Chinas ökonomische Macht wird sich erst über mehrere Jahrzehnte hinweg in strukturelle Macht umsetzen, sodass – wenn keine größeren Konflikte ausgetragen werden – von einer langsamen Machtverschiebung im Weltsystem ausgegangen werden kann. Dies wird dadurch verstärkt, dass die chinesische Regierung aus politischen Gründen davor zurückscheut, die massiven eigenen Ressourcen – insbesondere die großen Devisenreserven – hemmungslos machtpolitisch zu nutzen, d. h. z. B. in strategische Direktinvestitionen umzusetzen, um größere Konflikte zu vermeiden.

Kurz, Chinas Aufstieg wird sich in den nächsten Jahren auch langsam in den Strukturen im Weltsystem widerspiegeln. Wie dieser Umbruch jedoch abläuft, ist ein offener Prozess.

Literatur

- Arrighi, Giovanni (2008) *Adam Smith in Beijing. Die Genealogie des 21. Jahrhunderts*, Hamburg.
- Arrighi, Giovanni (2009) China's Market Economy in the long run, in: Ho-fung Hung (Hg.), *China and the transformation of global capitalism*, Baltimore, 22-49.
- Bailes, Alyson J. K./ Pál Dunay, Pan Guang/ Mikhail Troitskiy (2007) *The Shanghai Cooperation Organization*. URL <http://books.sipri.org/files/PP/SIPRIPP17.pdf>, letzter Zugriff am 16. 1. 2011
- Böke, Henning (2007) Maoismus: China und die Linke – Bilanz und Perspektive. Stuttgart.
- Boris, Dieter/ Stefan Schmalz (2009) Eine Krise des Übergangs: Machtverschiebungen in der Weltwirtschaft, in: *Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, Vol. 39, Nr. 4, 625-643.
- Bowles, Paul/ Baotai Wang (2008) The rocky road ahead: China, the US and the future of the dollar, in: *Review of International Political Economy*, Vol. 15, Nr. 3, 335-353.
- Brink, Tobias ten (2010) *Strukturmerkmale des chinesischen Kapitalismus*, MPifG Discussion Paper, http://www.mpifg.de/pu/mpifg_dp/dp10-1.pdf.
- Brink, Tobias ten (2010) *Der Aufstieg Chinas und neue Kräftekonstellationen in Ostasien*, in: *Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, Vol. 40, Nr. 4, 567-584.

- Cho, Hyekyung (2005) *Chinas langer Marsch in den Kapitalismus*, Münster.
- Goldberg, Jörg (2010) Afrika und die neuen asiatischen Wirtschaftsmächte. Entwicklungspartnerschaft oder Balgerei um Rohstoffe?, in: *Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, Vol. 40, Nr. 4, 585-604.
- Gulick, John (2009) Sino-Russian Geoeconomic Integration: An Alternative to Chinese Hegemony on a Shrinking Planet, in: Ho-Fung Hung (Hg.) *China and the transformation of global capitalism*, Baltimore, 130-152.
- Hart-Landsberg, Martin/ Paul Burkett (2005) *China and socialism. Market reforms and class struggle*, New York.
- Heberer, Thomas/ Jörg Rudolph (2010) *China – Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Zwei alternative Sichten*, Wiesbaden.
- Hobsbawm, Eric J. (2009) *Das Zeitalter der Extreme: Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*. München.
- Hui, Wang (2009) *The end of the revolution. China and the limits of modernity*, London.
- Hung, Ho-fung (2008) Rise of China and the global overaccumulation crisis, in: *Review of International Political Economy*, Vol. 15, Nr. 2, 149-179.
- Hung, Ho-fung (2009) America's Head Servant. The PRC's Dilemma in the Global Crisis, in: *New Left Review*, Vol. 60, Nr. 6, 5-25.
- Kaufmann, Stephan/ Tadzio Müller (2009) *Grüner Kapitalismus: Krise, Klimawandel und kein Ende des Wachstums*, Berlin.
- León-Manríquez, José Luis (2006) China-América Latina: Una Relación Económica Diferenciada, in: *Nueva Sociedad*, Heft 35, Nr. 3, 28-47.
- Li, Minqi (2008) *The rise of China and the demise of the capitalist world-economy*, New York. MacMillan, Margaret (2008) *Nixon and Mao: the Week that changed the world*, New York.
- Nolan, Peter/ Jin Zhang (2010) Global Competition After the Financial Crisis, in: *New Left Review*, Vol. 61, Nr. 4, 97-108.
- Overholt, William H. (2010) China in the Global Financial Crisis: Rising Influence, Rising Challenges, in: *The Washington Quarterly*, Vol. 33, Nr. 1, 21-34.
- Panitchpakdi, Supachai/ Mark L. Clifford (2002) *China and the WTO. Changing China, changing world trade*, Singapore.
- Peters, Helmut (2009) *Die Volksrepublik China. Aus dem Mittelalter zum Sozialismus; auf der Suche nach der Furt*, Essen.
- Richman, Barry M. (1969) *Industrial Society in Communist China*, New York.
- Schüller, Margot/ Yun Schüler-Zhou (2009) Economic Policy in the Time of the Global Financial Crisis: Which Way Out?, in: *Journal of Current Chinese Affairs*, Vol. 38, Nr. 3, 165-181.
- Schmalz, Stefan (2010) Chinas neue Rolle im globalen Kapitalismus, in: *Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, Vol. 40, Nr. 4, 483-504.
- Schmalz, Stefan/ Ebenau, Matthias (2011) *Auf dem Sprung. Brasilien, Indien, China. Zur gesellschaftlichen Transformation der Krise*, Berlin.
- Wen, Dale/ Minqi Li (2006) China: hyper-development and environmental crisis, in: Leo Panitch/ Colin Leys (Hg.) *Socialist Register 2007: Coming to terms with nature*, London, 130-146.
- Wen, Dale (2006) Chinas ökologische Krise und die Entstehung von Umweltbewegungen, in: *Das Argument*, Vol. 48, Nr. 5-6, 112-121.
- Zhiyue, Bo/ Gang Chen (2010) Ascendance of China's New Left Amidst the Global Financial Crisis, in: Zheng, Yongnian/ Sarah Y. Tong (Hg.) *China and the global economic crisis*, Singapore, 241-257.